

Berlin, 30.11.2023

Großeinsatz gegen Clankriminalität

Zollgewerkschaft fordert Beweislastumkehr

Wie die Generalzolldirektion in ihrer Bilanz nun bekanntgegeben hat, wurden im Rahmen der bundesweiten Schwerpunktprüfung der Finanzkontrolle Schwarzarbeit gegen Branchen mit Risikogeneignetheit zur Clankriminalität – Cafés, Shisha-Bars, Wettbüros, Spielstätten, Barber-Shops und Kfz-Handel – am 24. November insgesamt über 40 Straf- und 100 Ordnungswidrigkeitsverfahren u.a. wegen Aufenthaltsverstößen, Steuerhinterziehung und des Vorenthaltens von Sozialversicherungsbeiträgen eingeleitet. In rund 560 Fällen ergaben sich Hinweise für weitergehende Ermittlungen.

„Tiefere Clan-Strukturen aufzudecken ist erfahrungsgemäß sehr personalintensiv, langwierig und aufwendig. Längst nicht alle Gelder, die der Solidargemeinschaft hinterzogen wurden, können letztendlich auch gefunden werden. Man darf ohnehin gespannt sein, wie viele Verurteilungen sich am Ende aus den Strafverfahren ergeben und wie viel illegal angehäuften Vermögen durch Gerichte tatsächlich abgeschöpft werden kann“, erklärt der Bundesvorsitzende der Deutschen Zoll- und Finanzgewerkschaft BDZ, Thomas Liebel.

In der Vergangenheit seien viele Verfahren oft im Sand verlaufen, kritisiert Liebel weiter. Ein Grund dafür sei, dass Ermittlern der Zollverwaltung die nötige personelle und technische Ausstattung fehle. Auch habe man nicht Zugriff auf alle relevanten Datenbanken der Länder. Das Phänomen Clankriminalität würde überwiegend in eigener Zuständigkeit der Landeskriminalämter bearbeitet werden, obwohl der Zoll mit 122 Verfahren gegen organisierte Kriminalität im Jahr 2022 bereits Spitzenreiter aller Behörden ist – noch weit vor jedem einzelnen Bundesland.

Ebenso beklagt BDZ-Chef Liebel eine zu milde Rechtslage:

„Gerade im Clan-Milieu wird häufig von Menschen ohne geregeltes Einkommen öffentlich mit Luxusgegenständen posiert. Hier muss die Frage des Staates erlaubt sein, woher das Geld stammt. In solchen Ermittlungsverfahren müssen die Behörden Verdächtige mit Hilfe einer Beweislastumkehr stärker als bisher unter Druck setzen können. Dann kommt man auch an die Hintermänner ran.“

Pressekontakt:

Felix Schirner
BDZ Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft
Friedrichstraße 169
10117 Berlin

Telefon: 030 / 4081-6603
E-Mail: post@bdz.eu
Internet: www.bdz.eu